

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Einiges zur Abgrenzung des Karlsruher Bereichs

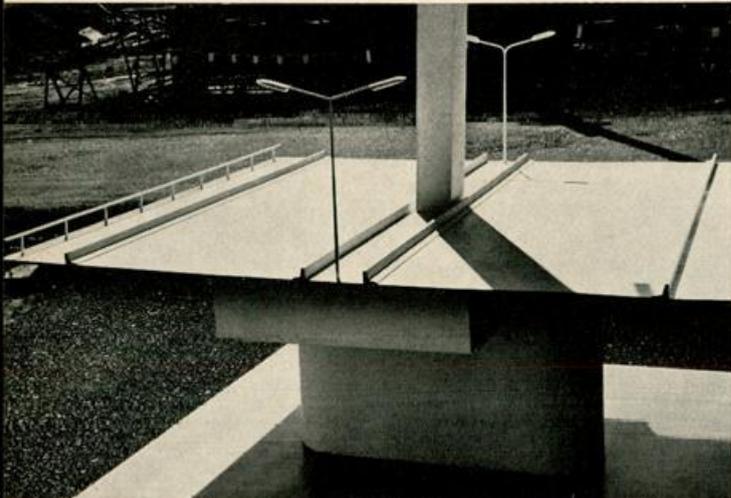
[urn:nbn:de:bsz:31-219087](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-219087)

Dr. Hans-Th. Bauer

erreicht wurde. Dann aber, in der „Gründerzeit“ nach 1880, wurde in 20 Jahren mit 100 000 Einwohnern der Status einer Großstadt erreicht. 1938, als Höchststand vor dem zweiten Weltkrieg, kletterte die Bevölkerungszahl auf 186 000, um nach 1945 auf 68 000 zurückzufallen. Aber schnell war diese Krise überwunden. Die glückliche Industrialisierung, der wirtschaftliche Aufschwung verfehlten nicht ihre Anziehungskraft. Schon 1950 war die 200 000-Marke erreicht, und seit 1963 ist die Grenze der $\frac{1}{4}$ Million bereits überschritten. Dieser Zuwachs war aber auch erforderlich, um all die neugeschaffenen Arbeitsplätze zu besetzen, und doch reicht er nicht aus, um alle Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen. Dabei muß festgestellt werden, daß Flüchtlinge und Vertriebene am Zuwachs mit 53 529 Personen (22 % der Gesamtbevölkerung) beteiligt sind und daß zur Zeit rund 6000 Fremdarbeiter in Karlsruhe beschäftigt werden. Wenn das Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts im Augenblick nicht mehr so stürmisch ist wie noch vor kurzer Zeit, dann ist das einzig und allein auf den Mangel vor allen Dingen an qualifizierten Facharbeitern zurückzuführen. Deshalb ist bei Neuansiedlungen im Gegensatz zur Anfangszeit mehr darauf zu achten, daß statt lohnintensiver Betriebe kapitalintensive, und diese auch nur bei strengster Auswahl, zum Zuge kommen.

Es wäre aber unvollständig, wenn man bei der Untersuchung der Voraussetzungen und Grundlagen des wirtschaftlichen Aufschwungs vergessen würde, daß Karlsruhe zunächst dadurch in der Welt bekannt wurde, daß die beiden höchsten Gerichte in der Bundesrepublik, das Bundesverfassungsgericht (BVG) und der Bundesgerichtshof (BGH) hier ihr Domizil aufgeschlagen haben. Karlsruhe wurde zur „Residenz des Rechts“ und übernahm damit eine Verpflichtung, die seiner freiheitlich und rechtlich gesinnten Tradition im vollen Umfange entsprach. Geisteswissenschaft und Naturwissenschaft — Karlsruhe ist Sitz der ältesten Technischen Hochschule Deutschlands — in der modernen Welt aufeinander angewiesen, tragen gemeinsam dazu bei, das allgemeine Wohl zu fördern unter Wahrung menschlicher Würde und der unabhängigen Rechte des Einzelnen. Daß das allgemeine Wohl, der wissenschaftliche Fortschritt in Karlsruhe weit über das sonst übliche Maß ein ernstes Anliegen des Stadtoberhauptes, des Gemeinderates und der Stadtverwaltung sind, beweist nichts besser als die Errichtung des Kernforschungszentrums und des europäischen Instituts für Transurane, Forschungsstelle der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), und über nichts ist die Stadt glücklicher als über den Vorzug, die erste Europaschule der Bundesrepublik Deutschland in ihren Mauern zu beherbergen. Durch EURATOM, die Technische Hochschule, die Bundesgerichte, seine Industrie und das Ölzentrum hat Karlsruhe eine Ausstrahlungskraft erhalten, die die ganze Welt erreicht, und ist in der gleichen Weise zu einem Anziehungspunkt geworden. Ihren vielfältigen Aufgaben kann die Stadt nur gerecht werden, wenn sie ihre Wirtschaftskraft erhält und steigert. Das war das unverrückbare Ziel der Kommunalwirtschaft und das muß es auch weiterhin bleiben. Wirtschaft kennt keinen Stillstand. Sie fordert ganzen Einsatz. Auch ihr kann nur gerecht werden: „Wer immer strebend sich bemüht ...“

Das Modell der neuen Karlsruher Rheinbrücke.



Städte stehen in enger Beziehung zu ihrem „Umland“; sie wirken attraktiv und anregend auf ihren Umkreis und zugleich basiert ihre Entwicklung in wesentlicher Weise auf der sie umgebenden Landschaft. Das war schon immer so. Aber in unserer Zeit tiefgreifenden sozialen, wirtschaftlichen und technischen Umbruchs ist auch das Verhältnis der „Stadt“ zu ihrem „Bereich“ einer fundamentalen Wandlung unterworfen.

Die Suche nach neuen Maßstäben und Leitbildern für die Abgrenzung des Bereiches einer Stadt bzw. für die organisatorische Neugestaltung des Stadt-Umland-Verhältnisses produziert laufend eine reiche Literatur, zu der Geographen, Landesplaner, Statistiker, Volkswirtschaftler, Verkehrswissenschaftler, Soziologen, aber auch Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker beitragen. Begriffe und Leitlinien, die sich allgemeine Anerkennung für die praktische Umgestaltung des Stadt-Umland-Verhältnisses errungen haben, hat die Fülle dieser Arbeiten noch nicht erbracht. Da es sich bei den zu lösenden Problemen im Grunde um politische und damit um Machtfragen handelt, finden die bisherigen Ergebnisse der Forschung in jeweiliger entsprechender Auswahl vor allem für die Begründung der gegensätzlichen Interessenstandpunkte Verwendung.

Daß vom Grundsätzlichen her den sich stellenden Fragen schwer beizukommen ist und „Rezepte“ für die Anwendung auf den Einzelfall fehlen, zumal auch bundeseinheitliche gesetzliche Grundlagen für die Raumordnung noch ausstehen, hat zu zahlreichen speziellen Untersuchungen einzelner Stadtregionen geführt, die die Lösung brennend gewordener regionaler Probleme fördern sollen. Unter den Ersten, die im Karlsruher Bereich die Initiative zu einer solchen Untersuchung ergriffen, stand in den 1950er Jahren die Stadtverwaltung Karlsruhe, nachdem sich u. a. bei der Ansiedlung der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft im Karlsruher Raum sowie im Rahmen von Nahverkehrs- und Siedlungsfragen die Stadt in ihren Gemarkungsgrenzen eingeengt fühlte und Eingemeindungen ventiliert wurden. 1957 wurde der Auftrag zu einer Ausarbeitung erteilt, die dann fünf Jahre später als „Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Stadt- und Landkreises Karlsruhe“ veröffentlicht wurde. Inzwischen hat die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe dem Lehrstuhl für wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg eine „Studie“ über den Raum Karlsruhe in Auftrag gegeben, die nach dem Tode von Professor Bergstraesser, Freiburg, unter der Leitung von Professor Tenbruck, Frankfurt a. M., von einer großen Arbeitsgruppe weitergeführt wird. Überdies ist Professor Adolf Bayer, der den Lehrstuhl für Städtebau an der Technischen Hochschule inne hat, von der Stadt Karlsruhe im Benehmen mit dem Landkreis Karlsruhe und dem Landkreis Rastatt eine neue umfassende Untersuchung zur Neuordnung des Nahbereichs der Stadt übertragen worden. Neben der Industrie- und Handelskammer, die als Repräsentantin der Wirtschaft eines Großteils des „Karlsruher Raumes“ den regionalen Planungsfragen besondere Aufmerksamkeit schenkt, hat sich neuerdings auch ein namhafter Interessenverband, der Haus- und Grundbesitzerverein Karlsruhe, bezüglich der Neuordnung des Verhältnisses der Stadt zu ihrem Nahbereich zu Wort gemeldet. Mit einer weiteren Verbreiterung und Vertiefung der Diskussion ist nach Vorliegen der beiden erwähnten Arbeiten zu rechnen.

Zu den elementaren Fragen, die sich bei diesen regionalen Untersuchungen stellen, gehört zunächst auch die Frage: Wie ist der Nahbereich einer Großstadt einigermaßen exakt zu begrenzen, wie weit reicht im vorliegenden Fall das zu Karlsruhe gehörige „Umland“? Auf die verschiedenen Methoden zur Erfassung und Abgrenzung von Stadtregionen, mit denen heute die Wissenschaft arbeitet, kann hier nicht näher eingegangen werden. In vielfältiger Form ist die Abgrenzung aufgrund von „Schwellenwerten“ variiert: Es wird von der jeweiligen Auspendlerquote aus den Gemeinden des Umlands ausgegangen, von der Agrarquote, d. h. vom Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Gemeinden, von der örtlichen Bevölkerungsdichte usw. oder von

Abgrenzung des Karlsruher Bereichs

einer Kombination verschiedener solcher Maßstäbe zur Grenzziehung. Daneben ist auch die alte sog. „Zirkelschlag“-methode noch nicht abgetan; hier werden zur Untersuchung des Nahbereichs einer Stadt mehrere Kreise mit verschiedenen Radien um den Kerngebietsmittelpunkt gezogen und bilden sozusagen das Gerüst für die Nahbereichsanalyse.

Eine Umgrenzung des Karlsruher Nahbereichs unter Anwendung solcher Methoden liegt bis jetzt noch nicht vor. Das „Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Stadt- und Landkreises Karlsruhe“, das nach dem an der Redaktion — neben dem Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe, neben dem Stadtplanungsamt, neben dem Landratsamt und den Gemeinden des Landkreises Karlsruhe — maßgeblich Beteiligten kurz das Isenberg-Gutachten genannt wird, hat fast ausschließlich den Gesichtspunkt der Verwaltungsgrenzen, und zwar jener des Stadt- und Landkreises Karlsruhe, zu seiner Basis gemacht. Dabei ist die Untersuchung erst „in ihrem Verlauf“ vom Gebiet des Stadtkreises auf diesen „weiteren Siedlungsraum“, der der „Raum Karlsruhe“ genannt wird, ausgedehnt worden. Nach den Feststellungen des Gutachtens hält sich der „Raum Karlsruhe“ im wesentlichen in den Grenzen des Landkreises mit nur „kleinen Überschneidungen der Grenze im Süden und über den Rhein hinüber“ (S. 20 u. 21).

Es ist zu erwarten, daß die noch in Ausarbeitung befindlichen Denkschriften diese Umgrenzung wesentlich modifizieren werden. Eine umfassende Untersuchung wird zweifellos ein Gebiet einbeziehen, das ganz überschlägig gerechnet etwa doppelt so groß ist wie das Areal der beiden Kreise Karlsruhe-Stadt (123,1 qkm) und Karlsruhe-Land (581,7 qkm). Sowohl im Westen wie im Norden und Süden erstreckt sich der Karlsruher Raum, wenn dieser Begriff unter Berücksichtigung der von der Raumforschung erarbeiteten Definitionen seinen vollen Inhalt zu gestanden erhält, weit über die Grenzen des Karlsruher Landkreises hinaus. Mit Recht hat der „Karlsruher Wirtschaftsspiegel“ in seinem Heft 4/1962 S. 35 das links des Rheins zum Karlsruher Nahbereich gehörige Gebiet „den vielleicht zukunftsreichsten Teil des Karlsruher Raumes“ genannt. Daß auch ein im Nahverkehr noch leistungsfähigerer Brückenverbund bei Maxau geschaffen wird und allgemein die Nahverkehrsbeziehungen zwischen Karlsruhe und dem linksrheinischen Gebiet großzügig ausgestaltet werden sollen, trägt dieser Feststellung Rechnung. Rechts des Rheins steht im Norden die Zugehörigkeit des größten Teils des Landkreises Bruchsal zum Karlsruher Raum außer Frage. Daß im Süden die Grenzen des Karlsruher Landkreises beileibe keine Grenzen des Karlsruher Nahbereichs sind, das zeigt schon die Ausdehnung des Hauptstellenbezirks Karlsruhe der Deutschen Bundesbank; er reicht bis Offenburg. Auch der Verkehrsbereich des Karlsruher Hafens greift trotz aller Einengungen, die er erfahren hat, rechtsrheinisch noch immer über die 1945 willkürlich gezogene ehemalige französisch-amerikanische Zonengrenze hinaus, die ganz generell wirtschaftlich und in Hinsicht auf die Verkehrsverhältnisse wichtige Fakten außer Betracht läßt.

Vor allem im Hinblick auf die Auswertung der Untersuchungen über den Raum Karlsruhe für eine Neuordnung der organisatorischen Zuständigkeiten und für die Schaffung neuer regionaler Instanzen im mittelbadischen Gebiet bedarf es hier exakter Abgrenzungen. Die Grenzen des Stadt- und Landkreises Karlsruhe können keine brauchbaren Anhaltspunkte geben. Man kann auch auf den Karlsruher Bereich angewendet der wissenschaftlichen Feststellung beipflichten, daß „... für eine Bestandsaufnahme mit dem Ziel, raumplanerische Möglichkeiten auszubreiten, ... Verwaltungsgrenzen ... im ganzen verhältnismäßig unwichtig geworden sind, da sie ökonomisch, sozial und kulturell überall durchbrochen werden“. Die Beschränkung der Analyse auf nur einige zum Karlsruher Raum gehörige Bezirke kann im übrigen auch deshalb wenig zum Thema „Karlsruher Raum“ erbringen, weil ein „Raum“, ein „Bereich“, doch immer nur im Blick auf seine gesamte Erstreckung zuverlässig und mit brauchbaren Ergebnissen zu

untersuchen ist. Nur dann werden sich die richtigen Proportionen für die jeweilige Gewichtsverteilung zwischen Stadt und Umland ergeben; nur dann bietet sich ein einigermaßen vollständiger Überblick über die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in dem betreffenden Nahbereich; nur dann entsteht ein Gesamtbild, wie es für die Lösung wesentlicher Nahbereichsprobleme erforderlich ist.

Eine der im stadium nascendi befindlichen Arbeiten verspricht hier weiterzuführen und „den Karlsruher Raum zu bestimmen“, in allen seinen wesentlichen Einzelheiten zu erkunden und auch den Übergang zu den benachbarten Konkurrenzzentren deutlich zu machen.

Die Ergebnisse der in Gang befindlichen Untersuchungen sind abzuwarten; im Rahmen eines Aufsatzes kann ihnen nicht vorgegriffen werden. Bis das neue Bild vom Karlsruher Raum erstellt ist, muß sich eine Skizzierung des Karlsruher Nahbereichs vorläufig noch unbefriedigender Beihilfe bedienen.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst einmal — ungeachtet der eben erwähnten Vorbehalte gegen eine Betrachtung im Bezirksrahmen — eine Karte der Verwaltungsgrenzen, die den Karlsruher Raum heute durchziehen oder berühren; sie stellt sich noch bunter dar als gleichartige Übersichten über die Bereiche der meisten anderen deutschen Großstädte. Die Lage an der Landesgrenze und zugleich an der Bundesgrenze bewirkt dies. Werden konzentrische Kreise vom Stadtmittelpunkt, vom Karlsruher Marktplatz aus gezogen, so ist im nächsten, im 10-km-Umkreis Karlsruhes zwar nur eine von 20 Gemeinden, Maximiliansau jenseits des Rheines, nicht zum Karlsruher Landkreis gehörig, sondern nach dem zum Lande Rheinland-Pfalz zählenden Germersheim zuständig. Aber verwaltungsorganisatorisch schon wesentlich differenzierter ist der Umkreis Karlsruhes zwischen 10 und 15 km: Von 36 Gemeinden dieses Gebietes gehören 21 zum Landkreis Karlsruhe, 2 zum Bruchsal, 3 zum Pforzheimer Landkreis; hier ist die Mittelinstanz zwischen der Landesregierung einerseits und den Kreisverwaltungen andererseits das Regierungspräsidium Nordbaden. 3 weitere Gemeinden gehören zum Landkreis Rastatt, der im Bereich des Regierungspräsidiums Südbaden liegt; 7 Gemeinden jenseits des Rheins sind dem Kreis Germersheim und damit dem Regierungsbezirk Pfalz des Landes Rheinland-Pfalz zugehörig. In 15 bis 20 km Entfernung von der Stadt wächst die Zahl der beteiligten Verwaltungsbezirke rapid: Von 49 Gemeinden zählen nur noch 9 zu Karlsruhe-Land und 7 zu Bruchsal, aber je 10 zu Pforzheim-Land bzw. zu Germersheim und 9 zu Rastatt; 2 Gemeinden unterstehen dem Landrat des Kreises Calw und gehören somit zum Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern. Linksrheinisch ist der Landkreis Landau mit 1 Gemeinde beteiligt; eine weitere Gemeinde, Lauterburg, ist bereits zum Elsaß gehörig, „Ausland“.

Am Karlsruher Raum haben demzufolge im Umkreis von 20 km nicht weniger als 8 Kreisverwaltungen, 4 deutsche Regierungsbezirke und 1 französisches Departement, 2 Länder der Bundesrepublik und Frankreich Anteil. Schon dies allein macht deutlich, daß eine organisatorische Neuordnung bzw. der Übergang zur Kooperation für eine zweckmäßige Entwicklung der Wirtschaft, des Verkehrs, der sozialen Verhältnisse in diesem Gebiet ein nicht ganz leichtes Unterfangen sein muß.

Dabei schließt der 20-km-Kreis weithin noch unbestrittenen Strahlungs- und Einzugsbereich der Stadt ein. Nur im Osten macht sich schon auf eine Distanz über 15 km hinaus Pforzheim als nächstes städtisches Wirtschaftszentrum bemerkbar; im Südosten läßt sich Ettlingen innerhalb der 20-km-Zone in der landesplanerischen Terminologie als „gewerbliches Sonderzentrum im Umland der Zentralstadt“ bezeichnen und im Süden dringt die 20-km-Linie leicht in eine Sphäre ein, in der Rastatt als Sonderzentrum eigener Art in Erscheinung tritt.

Wird mit all den angedeuteten Einschränkungen der 20-km-Zirkelschlag um Karlsruhe vorläufig noch zum einfachen, aber immer noch anerkannten, wenn auch etwas rücksichtslosen Anhalt für den „Karlsruher Raum“ genommen, dann handelt es

DER KARLSRUHER «RAUM»

Einwohner nach dem Stand
der letzten Volkszählung
vom 6. 6. 1961



insges. 529 544

24067



BADEN-BADEN



0 5 10 15 20 25 km

22578

9978

9390

PFORZHEIM

sich um einen Bereich von 1260 qkm Ausdehnung mit — nach der Volkszählung von 1961 — 529 544 Bewohnern oder 420,2 Einwohnern je qkm. Alle Gemeinden, deren Ortsetter von der Kreislinie noch angeschnitten wird, sind hierbei in der Bevölkerungszahl erfaßt, während für die Gebietsfläche der Kreisinhalt zugrunde gelegt ist.

Welche Strukturwandlungen im Gefolge des Krieges, des Wiederaufbaues, der wirtschaftlichen Intensivierung hier zu verzeichnen sind, zeigt bereits die Bevölkerungsentwicklung im letztvergangenen Vierteljahrhundert an: Verglichen mit dem Zensus von 1939 hat die Einwohnerzahl des Gesamtbereiches um + 32,6 % zugenommen, wobei allerdings hinzuzufügen ist, daß die Zunahme damit keineswegs ein exorbitantes Maß erreicht, sondern etwas hinter dem landesdurchschnittlichen Wachstum (+ 41,6 %) zurückbleibt. Die Stadt Karlsruhe selbst hat ungeachtet ihrer bemerkenswerten Expansion in den zurückliegenden 15 Jahren nicht — wie vielleicht vermutet wird — in überproportionalem Umfang zu dem Bevölkerungszugang ihres Raumes beigetragen: ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des 20-km-Umkreises ist mit 45,6 % gegenüber 1939 (47,6 %) leicht rückgängig. Hier ist allerdings danebenzuhalten, daß im unmittelbaren Nahbereich der Stadt, in der 10-km-Zone, mit + 55,5 % relativ eine weit überdurchschnittliche Erhöhung der Bevölkerungszahl gegeben ist; im letzten Vorkriegsjahr waren es nur 58 323 Personen, die in diesem nächsten Umkreis wohnten; 1961: 90 723. Die Stadt Karlsruhe kann geltend machen, daß gerade in dieser Zone die Bevölkerungszunahme zu einem erheblichen Teil durch die fortschreitende Wandlung stadtnaher Gemeinden zu Wohngebieten Karlsruhes bedingt ist. Neureut, dessen Wohnbevölkerung von 5112 im Jahr 1939 auf 10 908 mehr als eine Verdoppelung erfahren hat, bietet ein eklatantes Beispiel dafür; in geringerem Maß auch Wolfartsweier, dessen Einwohnerzahl sich von 744 auf 1429 erhöht hat. Indessen gehört auch Ettlingen zu diesem Bereich; es zählt ebenfalls zu den Gemeinden des Karlsruher Umlandes mit einer besonders hohen Wachstumsrate (1939: 11 869 Einwohner; 1961: 19 390), die allerdings kaum auf Wirkungen der nahen Großstadt zurückzuführen ist; die starke Bevölkerungszunahme hat die schon erwähnte Position des Albtalvorortes als „eigenständiges Sonderzentrum“ wesentlich gestärkt. Daß Ettlingen innerhalb des 10-km-Umkreises eine besondere Position einnimmt, wird auch im Isenberg-Gutachten deutlich; es wurde ebenso wie das volkreiche und gewerbefleißige Weingarten (1961: 7715 Einwohner) zunächst aus dem sog. „Ver einbarungsgebiet“ ausgegliedert, das nach den Abmachungen der Karlsruher Stadtverwaltung und dem Karlsruher Landkreis Gegenstand „engerer Untersuchung“ des „Nahraumes“ Karlsruhe war. Erst im weiteren Verlauf der Ausarbeitung sind dann die beiden Gemeinden in gewissem Umfang in die Darstellung mit einbezogen worden.

Obwohl der Landkreis Karlsruhe an der Bevölkerung der 10-km-Zone — die Stadt Karlsruhe selbst mit (1961) 241 929 Einwohnern außer Betracht gelassen — mit 95,9 % (87 004 Bewohner) Anteil hat, sind vom Landkreis her gesehen nurmehr die Hälfte (52,2 %) seiner Gesamtbevölkerung in diesem engeren Vorfeld der Stadt Karlsruhe wohnhaft. Schon diese beiden Zahlen lassen erkennen, mit welchen Augen Karlsruhe und andererseits der Karlsruher Landkreis die Probleme der 10-km-Zone sehen: Für die Stadt rechnen erhebliche Teile dieses Gebietes zum „Grenzgürtel“ der „Stadtregion“ im engeren Sinn, wo das Fehlen einer organisatorischen Einheit sich zunehmend lästig bemerkbar macht; für den Landkreis beherbergt diese Zone nur eine, aber für seine Existenz als Verwaltungseinheit wesentliche Hälfte seiner Bewohnerschaft. Der Ring, der zwischen 10 und 15 km Entfernung um Karlsruhe gelegt wird, steht hinsichtlich seiner Bewohnerzahl (81 077) absolut nur geringfügig hinter der Besiedlung der 10-km-Zone (90 723 Einwohner ohne Karlsruhe-Stadt) zurück. Auf der naturgemäß größeren Fläche (394 qkm; 10-km-Zone ohne Karlsruhe: 192 qkm) bleibt jedoch die Bevölkerungsdichte mit 206 Bewohnern je qkm wesentlich hinter jener des engeren Karlsruher Umkreises (ohne Stadtmarkung), wo 473 Einwohner je qkm gezählt werden. Hier ist der Übergang zu der Region vollzogen, die in der Sprache der Raumforschung oft als „Stadt-Umland“ im eigentlichen Sinn bezeichnet wird. Keine der zugehörigen Gemeinden erreicht 8000 oder mehr Einwohner; nur 3 Orte zählen mehr als 4000 Bewohner: Malsch 7767, Durmers-

heim 6351 und Untergrombach 4141. Bei über der Hälfte der Gemeinden dieser Zone bleibt die Wohnbevölkerung unter 2000. „Sonderzentren“, die mit einiger Berechtigung Anspruch auf eine solche Bezeichnung erheben könnten, fehlen in diesem Teil des Karlsruher Raumes. Die Wachstumsrate seiner Bevölkerung zwischen 1939 und 1961 lag bei + 37,7 % und damit augenfällig unter jener der 10-km-Zone, aber doch erheblich über der prozentualen Bevölkerungszunahme der Stadt Karlsruhe, wo erst die Zerstörung des Wohnraums durch den Krieg aufgeholt werden mußte. Die zunehmende Motorisierung hat u. a. bewirkt, daß die Gemeinden bis 15 km Distanz in der jüngsten Periode der Entwicklung des Karlsruher Raumes seit dem zweiten Weltkrieg der Stadt Karlsruhe immer nähergerückt sind; mit welchen wechselseitigen Wirkungen nähergerückt sind, darüber werden wohl die noch ausstehenden Untersuchungen eingehend Auskunft geben.

Deutlich unterschieden vom 10- bis 15-km-Umkreis sind die Verhältnisse in der 15- bis 20-km-Zone. 115 815 Personen wohnten 1961 in diesem, über 551 qkm sich erstreckenden Gebiet — 23 794 mehr als im letzten Vorkriegsjahr. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte liegt zwar mit 210 Einwohnern/qkm geringfügig über dem für den 10- bis 15-km-Umkreis errechneten Wert, aber die Bevölkerungszunahme, verglichen mit 1939, fällt auf 25,8 % ab und bleibt damit weit unter dem Landesdurchschnitt. Die Wachstumsrate für die gesamte 15- bis 20-km-Zone besitzt allerdings nur begrenzten Aussagewert, da sie je nach den einzelnen Ausschnitten aus diesem „Ring“ erhebliche Unterschiede zeigt. Gegensätzlich sind beispielsweise die Wachstumsverhältnisse in den hier zugehörigen pfälzischen Gemeinden im Westen, bei denen nur eine Zuwachsrate von 8,8 % festzustellen ist, und den hauptsächlich zum Pforzheimer Landkreis zählenden Orten im Osten, wo die Bevölkerung immerhin um 34 % zugenommen hat. Rechts des Rheins tritt im 15- bis 20-km-Umkreis mit der Kreisstadt Bruchsal (1961: 22 578 Einwohner) wieder ein „Sonderzentrum mittleren Ranges“ in Erscheinung, dessen Gewicht, vor allem an der organisatorischen bzw. wirtschaftlichen Bedeutung gemessen, das großstadtnähere, aber nicht wesentlich kleinere Ettlingen erheblich übertrifft.

Jenseits der 20-km-Distanz vom Stadtzentrum kann die „Zirkelschlagmethode“ hinreichende Ergebnisse nicht mehr erbringen. Wenn schon bei den Kreisen mit kleineren Radien allgemeingültige Feststellungen nur mit erheblichen Vorbehalten getroffen werden können, so wird mit zunehmender Entfernung die Gestalt des Karlsruher Raumes immer ausgezackter und nimmt mehr die Form eines unregelmäßigen Sterns an, wobei Zacken vor allem weit in den Bruchsaler Kreis und in das Brettener Gebiet vorspringen.

„Die nach den verschiedenen Richtungen hin ungleiche Wachstumsweite ... die Einstreuung autonomer Agglomerationspunkte ... ein nach außen gerichtetes Dichtegefälle“ — es sind generell Merkmale der „Vorfelder“ von Städten, die auch den Karlsruher Raum kennzeichnen. Aber die ausgeprägte Individualität der Verhältnisse jedes großstädtischen Nahbereichs verbietet es, mit Typisierungen und allgemeinen Charakteristiken eines „Raumes“ insgesamt bzw. größerer Teilstücke zu weit gehen. Eine genauere Bezeichnung der Peripherie des Strahlungs- und Einzugsbereichs der Stadt muß ebenso wie die Abtastung der verschiedenen Zonen, die sich hinsichtlich der Intensität der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Umland ergeben, den noch in Gang befindlichen Untersuchungen vorbehalten bleiben. Nur die gemeindefreie Untersuchung der Verhältnisse kann vielfach die erforderlichen klaren Abgrenzungen ermöglichen. Die Bevölkerungsstatistik, aus der für die vorstehenden Darlegungen einige wenige Zahlen aufbereitet wurden, liefert im übrigen nur einen kleinen Teil des Materials, das für ein zutreffendes Gesamtbild notwendigerweise be- und verarbeitet werden muß. Erst das Zusammenhalten wesentlicher Indizien aus allen Bereichen des sozialen Lebens, der Wirtschaft, der Kultur usw. wird ein Fundament schaffen, von dem ausgehend nicht nur die Frage der Abgrenzung des Karlsruher Raumes genauer beantwortet, sondern auch zu seinen inneren und äußeren Verflechtungen, zu seiner organisatorischen Neuordnung und zu den technischen Erfordernissen für seine weitere Entwicklung konkret Stellung genommen werden kann.